

## **Antrag FA II – EU-Angelegenheiten**

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen

Der Parteikonvent bzw. der Bundesparteitag der SPD möge beschließen

### **Die SPD steht hinter dem Prinzip SpitzenkandidatInnen für Europa**

Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung, im Europäischen Parlament und in der Europäischen Kommission auf, sich nachdrücklich und öffentlich für das Prinzip der SpitzenkandidatInnen für die Europawahl 2019 einzusetzen.

Wir fordern, dass die SPE/PES auch für 2019 in einem demokratischen innerparteilichen Verfahren erneut eineN SpitzenkandidatIn präsentiert, hinter der/dem sich alle Mitgliedsparteien der SPE/PES versammeln und für sie oder ihn Wahlkampf machen.

Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder des Europäischen Parlaments auf, nur eineNKandidatIn für das Amt des/der KommissionspräsidentIn zu wählen, die/der vorher als SpitzenkandidatIn bei der Europawahl angetreten ist.

#### Begründung:

Medienberichten zufolge planen die Staats- und Regierungschefs der EU eine Abkehr vom Prinzip einer Spitzenkandidatur für das Amt des/der KommissionspräsidentIn bei der Europawahl. Wir sind entsetzt über diese Pläne und lehnen sie kategorisch ab. Die Wahl des/der KommissionspräsidentIn ist eine entscheidende Frage der europäischen Demokratie. Wenn die Staats- und Regierungschefs diese Entscheidung wie früher hinter verschlossenen Türen fällen wollen, treten sie demokratische Prinzipien mit Füßen, ignorieren den Wählerwillen und drehen das Rad der europäischen Integration zurück. Das darf nicht passieren.

Es hat sich gezeigt, dass der Prozess einer Spitzenkandidatur bei der Wahl 2014 zu einer Politisierung und Polarisierung der Europawahl beigetragen hat – dieser Prozess muss weiter institutionalisiert werden. In Deutschland hat das Spitzenkandidatenprinzip dazu beigetragen, die Wahlbeteiligung zu erhöhen. Die europäische Kommission hat ein Gesicht bekommen, denn als Resultat dieser Wahl ist die Juncker-Kommission als eine klar „politische Kommission“ angetreten. Dieser Prozess muss unbedingt weiter verfolgt werden, um der Europäischen Integration neuen Wind und mehr Aufmerksamkeit zu schenken.